

DAS ARGUMENT

337

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN



Rainer Alisch *Was kommt nach dem Genderstern?*

Zur Diskussion gestellt

Alexander Dietz *Kritik von links am Genderstern?*

Zusammenfassungen / Abstracts des Gesamthefts 337

II*

DAS ARGUMENT 337

Inhaltsverzeichnis Online-Supplement

Rainer Alisch

Was kommt nach dem Genderstern?

III*

Zur Diskussion gestellt*

Alexander Dietz

Kritik von links am Genderstern? 2*

Zusammenfassungen/Abstracts des Gesamthefts 337 7*

Rainer Alisch

Was kommt nach dem Genderstern?

Nachfolgend geht es darum, eine Problematik einzuleiten, die zwei bereits als Online-Supplement publizierte Texte mit dem hier nachfolgenden Text von Alexander Dietz verbindet. Darüber hinaus geht es darum, eine Debatte zu skizzieren, die über diese Texte hinausgeht.

Als erstes Glied dieser Supplement-Reihe ist unter »Zur Diskussion gestellt« von Magdalena Protte und Katji Zauner (2021, 2-14) ein Beitrag erschienen, der im Kontext einer Geschichte feministischer Schutzräume die Binnenperspektive einer queerfeministischen Gramsci-Aneignung vorstellt, die darauf gerichtet ist, »politische Handlungsfähigkeit« im Zuge kollektiver »Willensbildung« (6) zu gewinnen. Auf diesen Text hat im selben Supplement-Teil Jutta Meyer-Siebert (2021, 15-23) geantwortet. Ihre Entgegnung bezieht sich u.a. auf die seitens der Autorinnen erfolgte Distanzierung von der deutschen Übersetzung von »buon senso« als »gesunder Menschenverstand« mit der Begründung, »gesund« als Dichotomie zu »krank« würde »gesund« zur »positiven gesellschaftlichen Norm« erheben und »krank« als »negative Abweichung« davon setzen und so zur »Diskriminierung von behinderten und psychisch kranken Menschen« (7) beitragen.

Das Unvermögen, nicht nur die Ideologisierung dieser Dichotomie aufzubrechen (vgl. Meyer-Siebert, 16), sondern auch die damit gegebene »materiale« Problematik selbsterkennend aufzunehmen und zu bearbeiten (vgl. 21), kann als symptomatisch für eine Gramsci-Aneignung gelten, die glaubt, aktiv in politische Prozesse einzugreifen und in eine praktische Konfrontation mit hegemonialen Ideologien einzutreten (vgl. Protte, Zauner, 12), die die damit verbundene gesellschaftliche Dynamik jedoch ausblendet. Worum geht es?

Die Debatte im *Argument*, in deren Kontext diese drei Texte gehören, wurde zunächst durch einen polemischen FAZ-Artikel des Linguisten Peter Eisenberg initiiert, der die mit dem Genderstern verbundene Intention, sämtlich mögliche Geschlechterformen sichtbar zu machen, in Abrede stellt: »Der Stern macht nichts sichtbar als den Stern.« (Zit.n. Meyer-Siebert, 15) Alexander Dietz nimmt diesen Zweifel auf – eine »Sichtbarmachung von Inter- und Transpersonen mittels Sternchen, Unterstrich oder Doppelpunkt findet faktisch nicht statt« (5) –, geht aber darüber hinaus, indem er das damit verbundene paternalistische »Gender-Lobbying« (4) kritisiert: »Wer möchte schon als Inter- oder Transperson in einem Stern, einem Unterstrich oder einem Doppelpunkt irgendwie mitgemeint sein?« (5)

Dieser – zweifellos gutgemeinte – Paternalismus hat einen blinden Fleck, der bei Dietz in der Frage anklingt, woher »diejenigen, die sich für aus ihrer Sicht gerechtere Verhältnisse einsetzen«, zu »wissen [glauben], was die Betroffenen brauchen?« (4). Zudem reicht dieser Paternalismus weit über die Betroffenen hinaus. Er beansprucht – seitens Ulrike Lembke, Professorin für Öffentliches Recht und

Geschlechterstudien, qua Rechtsgutachten kürzlich bekräftigt (Bingener 2021) – gesamtgesellschaftliche Geltung. – Für den Rechtswissenschaftler Otto Depenheuer ein Fall »aktiver staatlicher Sprachpolitik« (Klimm 2021).

Doch damit nicht genug: Mit Blick auf die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Abschaffung des »Transsexuellengesetzes« zu Gunsten eines »Selbstbestimmungsgesetzes«¹ und mit Blick auf den Fall der britischen Philosophin Kathleen Stock, die nach jahrelangem Mobbing durch Transgenderaktivisten ihre Professur an der University of Sussex aufgab, lässt sich ahnen, dass die bereits thematisierte Dichotomie von »gesund/krank« eine Dimension beinhaltet, deren Relevanz gleichfalls über die unmittelbar Betroffenen hinausreicht. Aber der Reihe nach.

Unabhängig davon, ob Magdalena Protte und Katji Zauner bei ihrer Ablehnung der deutschen Übersetzung von »buon senso« die Problematik der »Transsexualität« im Blick hatten, ihre Argumentation folgt einer Logik, die auch die seit Jahrzehnten währenden Kämpfe um eine Entpathologisierung der »Transsexualität« bestimmt. Streitpunkt ist u.a. eine bislang nötige Begutachtung für die letztliche Einleitung von körperverändernden Maßnahmen, die von den Betroffenen – aus ihrer Perspektive durchaus nachvollziehbar – als diskriminierend empfunden wird, sie andererseits auch davor bewahrt – etwa krankheitsbedingt –, einer »falschen Selbstauskunft« (vgl. Goecker 2020) aufzusitzen. Denn jenseits dieser Selbstauskunft gibt es nach wie vor kein »einzelnes »objektives« Kriterium – keinen Laborwert und keinen psychometrischen Test – für die Irreversibilität einer Geschlechtsidentitätstransposition, und damit lässt sich die erforderliche Sicherheit nur in einem länger währenden diagnostisch-therapeutischen Prozess herbeiführen« (Beier et al. 2021, 389).

Nicht zuletzt mit ihrem Buch *Material Girls. Why Reality Matters for Feminism* (2021) hat sich Kathleen Stock auf dieses Minenfeld begeben. Einleitend beschreibt sie, wie im Zuge der Revisionen des 2004 eingeführten – dem deutschen Transsexuellengesetz vergleichbaren – »Gender Recognition Act« die bislang nötige ärztliche Diagnose durch eine »self-identification« ersetzt wurde, mit den entsprechenden Folgen v.a. auch für pubertierende Jugendliche (Stock, 2021, 5ff, vgl. Bode 2020). Der gegen Stock gerichtete offene Brief vom Januar 2021 bezieht sich explizit auf deren Ablehnung der »amendments to the Gender Recognition Act«, bescheinigt ihr eine »Transphobia« (Open Letter 2021) und fand auch an deutschen Hochschulen Unterstützung.

Die gegenwärtige deutschsprachige Debatte – sofern sie nicht in der FAZ, NZZ oder im *Cicero* geführt wird – blendet die von Stock thematisierte Problematik, die mit einer geschlechtlichen Selbstzuschreibung gegeben ist, aus.² Dies betrifft auch

1 Die Abschaffung war am 21.5.2021 gescheitert, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw20-de-lsbt-840188>, jetzt steht sie erneut auf der Agenda (Vgl. Knuth 2021).

2 So etwa Govrin (2021) deren Argumentation im Fall Kathleen Stock sich gegen einen Biologismus richtet, der »zwei naturgegebene, getrennte Geschlechter« postuliert, dem sie mit Judith Butler unterstellt, »nicht nur reaktionär, sondern faschistisch« zu sein. Sie selbst argumentiert gleichfalls »biologisch«, indem sie meint, mittels »Biologie« nachweisen zu können, dass »Geschlecht« als »Spektrum« zu verstehen wäre. Der Artikel, auf den sie

den Beitrag des Frankfurter Autor:innenkollektivs, das sich im »Kontext der neueren kritischen Theorie« verortet (Celikates et al. 2021).

Doch lässt sich diese Debatte überhaupt von »links« aufnehmen, und wenn ja wie, ohne sich – wie Alexander Dietz es in seinem Beitrag unter Bezug auf Nancy Fraser postuliert – »zum nützlichen Idioten eines globalisierten Kapitalismus« (5) zu machen? Dietz schlägt weiterhin vor, eine »angeblich linke Identitätspolitik, zu der insbesondere Genderthemen und vermeintlich gendergerechte Sprache gehören«, darauf hin zu befragen, welchen »Interessen« sie dient. Sein Verweis auf die Interessen der »herrschenden Klassen« ist zu einfach und müsste aufgefaltet werden, benennt aber eine Perspektive, die linke Kritik aufnehmen sollte.

Weiterdenken ließe sich die von Dietz angestoßene Fragestellung bspw. mit dem Beitrag von Gerhard Schweppenhäuser in der *taz*. Ihm zufolge resultiert das Bestreben nach geschlechtlicher Selbstidentifikation aus dem »Wunsch nach radikaler Bestimmung über den eigenen Körper«. Dabei handele es sich um eine »Verschiebung«: die »Befreiungsenergie« sucht sich ein Ziel im Hier und Jetzt, da »Emanzipation als soziale Selbstbestimmung in Freiheit und Nichtidentität« (Schweppenhäuser 2021) als nicht realisierbar erscheinen.

Wir hoffen, mit diesen Überlegungen eine Debatte anzustoßen, an deren Notwendigkeit kein Zweifel bestehen dürfte und sind auf die weitere Diskussion gespannt.

Literatur

- Ainsworth, Claire, »Sex redefined«, *Nature*, Bd. 518, 2015, 288-291, <https://www.nature.com/articles/518288a.pdf>
- Beier, Klaus M., Hartmut A.G. Bosinski u. Kurt Loewit (Hg.), *Sexualmedizin*, München 2021
- Bingener, Reinhard, »Ist Gendern eine Staatspflicht?« Rechtsgutachten für Hannover, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gendergerechte-sprache-in-verwaltung-hannover-legt-gutachten-vor-17686090.html> (15.12.2021)
- Bode, Stefanie, »Offener Brief: Gesetzesentwurf zum Schutz vor Behandlungen zur Veränderung oder Unterdrückung der sexuellen Orientierung oder der selbstempfundenen ›Geschlechtsidentität‹«, https://www.emma.de/sites/default/files/offener-brief_konversionstherapie.pdf (26.04.2020)
- Celikates, Robin, Katharina Hoppe, Daniel Loick, Martin Nonhoff, Eva von Redecker u. Frieder Vogelmann, »Machtverhältnisse statt Mythen. Für ein emanzipatorisches Verständnis von Wissenschaftsfreiheit«, <https://geschichtedergegenwart.ch/machtverhaeltnisse-statt-mythen-fuer-ein-emanzipatorisches-verstaendnis-von-wissenschaftsfreiheit/> (8.12.2021)
- Goecker, David, »Trans*? – Zwischen Patientenwünschen und therapeutischer Fürsorge – Zwei Fallbeispiele«, in: *Sexuologie*, 27. Jg., Heft 1, 2020, 11-16, https://www.sexuologie-info.de/pdf/Bd.27_2020_1.pdf

sich bezieht (Ainsworth 2015) handelt von Formen der »differences or disorders of sex development (DSDs)« also von krankheitswertigen Störungen auf der chromosomalen, bzw. gonadalen und endokrinen Ebene des Geschlechts und beweist bezogen auf die Geschlechtsidentität gar nichts, im Gegenteil, er führt den Begriff der Störung wieder ein.

VI*

Govrin, Jule, »Über den eigenen Körper bestimmen: eine Frage der Menschenrechte«, <https://geschichtedergegenwart.ch/terf/print/> (17.11.2021)

Klimm, Jonas, »Wir haben es mit einer Sprachpolizei zu tun«, Interview mit Otto Depenheuer, <https://www.cicero.de/innenpolitik/gender-gutachten-wir-haben-es-mit-einer-sprachpolizei-zu-tun-sprache-staat-ideologie> (21.12.2021)

Knuth, Christian, »Ampelkoalition steht: Deutschland wird Regenbogennation«, <https://www.maenner.media/gesellschaft/politik/eilmeldung-ampel-koalitionsvertrag-queerpolitik/> (24.11.2021)

Open Letter Concerning Transphobia in Philosophy, https://sites.google.com/view/trans-phil-letter?mktcid=nled&mktcval=123_2021--11-01&kid=nl123_2021-11-1&ga=1&trco= (Jan. 2021)

Schweppenhäuser, Gerhard, »Der Fall Kathleen Stock: Woke-sein als Erweckungsbewegung«, in: *taz*, 24. 11. 2021, <https://taz.de/Der-Fall-Kathleen-Stock/!5813970/>

Stock, Kathleen, *Material Girls. Why Reality Matters for Feminism*, London 2021

Zauner, Katji u. Magdalena Protte, Vom Alltagsverstand zur feministischen Utopie: Kollektive Willensbildung am Beispiel feministischer Schutz- und Lernräume, in: DA 336, Online-Supplement, 2-14

Meyer-Siebert, Jutta, »Die eigene Weltauffassung kritisieren – aber wie? Entgegnung auf Zauner und Protte, in: DA 336, Online-Supplement, 15-23

Zur Diskussion gestellt

Alexander Dietz

Kritik von links am Genderstern?

Zum sog. Genderstern sind sowohl ablehnende als auch verteidigende Artikel erschienen, die den Eindruck entstehen lassen, die verteidigende Position sei eine linke, progressive und geschlechtergerechte, die ablehnende hingegen eine rechte, rückwärtsgewandte und sexistisch-patriarchalische. Mittlerweile haben zum Glück viele Linke erkannt, dass eine solche Bewertung der Komplexität dieser Thematik nicht gerecht wird, und es dürfte durchaus auch Argumente aus einer linken Perspektive geben, die eine differenzierte, wenn nicht sogar kritische Beurteilung des Gendersterns sowie vergleichbarer vermeintlich gendergerechter Schreibweisen nahelegen. Zwölf wichtige Argumente dazu werden nachfolgend aufgeführt.

1. Durch vermeintlich gendergerechte Schreibweisen wird eine Sexualisierung der Sprache und der Gesellschaft befördert. Wir erleben schon seit längerem einen »allgemeinen Trend zur Sexualisierung von Massenmedien und öffentlichem Raum«¹. Dieses Phänomen verstärkt nicht nur die Benachteiligung von Frauen (indem dadurch insbesondere männliche sexuelle Machtansprüche kommuniziert und durchgesetzt werden), sondern auch die Ausgrenzung asexueller Menschen. Für diese Minderheit, die ihre Selbstidentifikation gerade nicht über Kriterien geschlechtlicher Zugehörigkeit und sexueller Orientierung vornehmen will, vertieft eine permanente Fokussierung auf geschlechtliche Identitäten ihre Marginalisierung: Jeder Genderstern kommt einem Ignoriertwerden sowie der Abwertung und Pathologisierung ihrer Lebensweise gleich.² Eine »durchgegenderte« Sprache, die den Aspekt des Geschlechtlichen in jedes Wort implantiert, auch dort, wo er inhaltlich keine Rolle spielt und mitunter gerade auch keine Rolle spielen sollte, verstärkt nicht nur sexistische Tendenzen,³ sondern nimmt für eine stärkere »Sichtbarkeit« etwa von Inter- und Transpersonen auch in Kauf, dass eine andere, zahlenmäßig etwa zehnmal so große Minderheit unsichtbar wird, die zumeist auch aus der LGBTQI-Community ausgegrenzt bleibt.

2. Komplizierte Formulierungen und ungewöhnliche Sprachzeichen befördern die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung. Während behindertes Leben von kapitalistischen Ideologien als wenig nützlich und von faschistischen Ideologien

1 Nicola Döring, »Medien und Sexualität«, in: *Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online*, Weinheim u.a. 2013, unter: <https://www.nicola-doering.de/wp-content/uploads/2014/08/D%C3%B6ring-2013-Medien-und-Sexualitaet.pdf> (23.06.21), 11

2 Vgl. Amlinger, Fabienne, »Sex – nein danke! Asexualität in der sexualisierten Gesellschaft«, in: *genderstudies* 28, 2016, 2f

3 Vgl. Pollatschek, Nele, »Deutschland ist besessen von Genitalien. Gendern macht die Diskriminierung nur noch schlimmer«, in: *Tagesspiegel* vom 30.8.20, <https://www.tagesspiegel.de/kultur/deutschland-ist-besessen-von-genitalien-gendern-macht-die-diskriminierung-nur-noch-schlimmer/26140402.html>

sogar als »lebensunwert« bewertet wird, setzt sich die politische Linke traditionell für Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen ein. Darum ist die Tatsache nicht unwichtig, dass die meisten Arten zu gendern, die auch diverse Geschlechter einschließen, nicht mit dem Ziel einer barrierefreien Sprache kompatibel sind. Entsprechende Texte sind vielen Menschen mit Behinderung schlechter oder gar nicht zugänglich. Dies betrifft insbesondere Menschen mit Sehbeeinträchtigung (der Genderstern lässt sich nicht automatisiert vorlesen), mit kognitiven Einschränkungen, Lernbehinderungen oder Autismus-Spektrum-Störung.

3. Identitätspolitische Sprachsymbolik ist ein Ausdruck von Klassismus, da sie die beruflichen Privilegien der oberen Mittelschicht zementiert und die Ausgrenzung prekarisierter Menschen aus bestimmten Berufen und aus dem öffentlichen Diskurs befördert. Angeblich linke Identitätspolitik, zu der insbesondere Genderthemen und vermeintlich gendergerechte Sprache gehören, hat einen elitären Charakter und dient den Interessen der herrschenden Klasse. Wenn wir den Genderstern verwenden, demonstrieren wir, dass wir die neuesten Theorietrends der amerikanischen Elite-Universitäten verstanden haben, dass wir auf Menschen aus bildungsfernen Milieus und ihre Sprache herabschauen und uns von ihnen abgrenzen. Es handelt sich um einen Code, mit dem sich die akademische Mittelschicht ihrer Klassenzugehörigkeit versichert und nach unten abschottet.⁴ Darin drückt sich ein neuer Klassenkonflikt aus, der aus einer ökonomischen Spaltung der Mittelschicht resultiert: Ihr oberer Teil fürchtet den sozialen Abstieg, und bestimmte Sprach-Codes sollen die beruflichen Privilegien sichern, während der untere Teil der akademisch Gebildeten sich durch ebendiese Codes seiner kulturellen Zugehörigkeit zur Mittelschicht versichert.

4. Dem Genderstern kommt eine symbolische Funktion bei der Durchsetzung nicht demokratisch legitimierter Ansprüche zu. Nichtgegenderte Forschungsanträge werden bei der Vergabe von Mitteln nicht mehr berücksichtigt. Studierende erhalten teilweise Punktabzug. Wer nicht mitmacht, gerät unter moralischen Druck. Vermeintlich gendergerechte Maßnahmen und Sprachregelungen werden häufig nicht auf einem demokratischen Weg durchgesetzt, sondern sie werden gegen den Willen der geschlechts- und parteiübergreifenden Mehrheit im Kampf um die Herrschaft und Deutungshoheit innerhalb des linken Diskurses autoritär durchgesetzt. Sprache wird zum Instrument, um den eigenen Machtanspruch zum Ausdruck zu bringen. Sprachlenkung passt besser zur mittelalterlichen Kirche als zur modernen politischen Linken.

5. Der dem Genderstern zugrundeliegende Denkansatz einer radikalen Dekonstruktion des zweigeschlechtlichen Denkens schadet den Anliegen des traditionellen Feminismus. Er macht Frauen und Fraueninteressen unsichtbar, strukturelle Benach-

4 Vgl. Wagenknecht, Sahra, *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt*, Frankfurt/M. 2021, 28, 86f, 132

teilungen geraten aus dem Blickfeld und die sprachliche Sichtbarmachung der Frau, die der traditionelle Feminismus erreicht hatte, droht wieder rückgängig gemacht zu werden. So nachvollziehbar der Ansatz auch sein mag, eine Denkweise zu überwinden, die Inter- und Transpersonen diskriminiert, die Kategorien männlich/weiblich in Frage zu stellen, entnennt letztlich Frauen als politisches Subjekt, als eine gesellschaftliche Gruppe mit realen gemeinsamen Erfahrungen und darum auch gemeinsamen realpolitischen Interessen.⁵

6. Das Gender-Lobbying geschieht oft paternalistisch, verfestigt Opferidentitäten und Diskriminierungsnarrative. Im Bereich der Sozialen Arbeit wird schon seit längerem selbstkritisch über die Ambivalenz sozialanwaltschaftlicher Selbstverständnisse diskutiert. Von wem erhalten diejenigen, die sich für aus ihrer Sicht gerechtere Verhältnisse einsetzen, eigentlich ihren Auftrag? Woher glauben sie zu wissen, was die Betroffenen brauchen? Und warum sollten das die Betroffenen selbst nicht genauso gut oder besser können? Auch wenn es um Werbung für den Genderstern geht, ist durchaus nicht transparent, ob Inter- und Transpersonen beteiligt und nach ihren Interessen gefragt oder in eine passive Rolle gedrängt und zudem ihrer individuellen Persönlichkeitsmerkmale beraubt und in eine starre Gruppen- und Opferidentität gepresst wurden (entgegen zeitgemäßen Konzepten hybrider Identitäten). Auf diese Weise instrumentalisieren die selbsternannten anwaltschaftlich Handelnden häufig Betroffene als Objekte für ihre Selbstläuterung und Selbstinszenierung.⁶ Das Perfide an dieser Konstellation besteht darin, dass die Betroffenen häufig die paternalistische Zuschreibung der Handlungsunfähigkeit, Machtlosigkeit und das Narrativ des ewigen Opferstatus in ihre Selbstdeutung übernehmen und sich dadurch tatsächlich Ohnmachtsgefühle und Abhängigkeit verfestigen.⁷

7. Identitätspolitische Themen lenken die politische Linke von sozioökonomischen Fragen ab, spalten die Arbeiterklasse und befördern die Interessen des Großkapitals. Identitätspolitik lenkt den Blick weg von strukturellen Ungerechtigkeiten hin zu individuellen Eigenschaften. Einer kritischen linken Perspektive, die diese Bezeichnung verdient, ist damit der Boden entzogen. Statt um gesellschaftliche Veränderung geht es v. a. um moralische Selbstbestätigung und Selbstaufwertung.⁸ Hinter dem Wunsch, gesellschaftlichen Wandel über grammatikalische Veränderungen zu bewirken, stehen keine empirischen Erkenntnisse (sonst müsste Ungarn ein Vorreiter für Frauenrechte sein, weil das Ungarische keine grammatikalischen

5 Vgl. Linkerhand, Koschka (Hg.), *Feministisch streiten. Texte zu Vernunft und Leidenschaft unter Frauen*, Berlin 2018

6 Vgl. Kostner, Sandra, »Identitätslinke Läuterungsagenda. Welche Folgen hat sie für Migrationsgesellschaften«, in: dies. (Hg.), *Identitätslinke Läuterungsagenda*, Stuttgart 2019, 117-73, hier: 22 u. 31

7 Vgl. Lotter, Maria-Sibylla, »Schuld und Identität: Wie sich eine Praxis der Aussöhnung in eine Praxis der Spaltung verwandelt«, in: Sandra Kostner (Hg.), *Identitätslinke Läuterungsagenda*, Stuttgart 2019, 181-207, 194f

8 Vgl. Mouffe, Chantal, *Über das Politische*, Frankfurt 2007, 98

Geschlechter kennt), sondern »sprachmagische Vorstellungen vergangener Zeiten«.⁹ Moralische Selbstberuhigung durch vermeintlich gendergerechte Sprache ist einfach zu haben, während ein ernsthaftes Angehen der relevanten sozioökonomischen Themen die Bereitschaft zu Konflikten mit mächtigen Interessengruppen voraussetzt. Die Spaltung der Gesellschaft in auf sich selbst bezogene Opfergruppen verhindert einen solidarischen Kampf gegen strukturelle ökonomische Ungerechtigkeiten. So machen sich Linke im besten Fall zu nützlichen Idioten des globalisierten Kapitalismus, im schlechtesten Fall haben sie sich längst sehenden Auges mit dem Neoliberalismus verschwistert¹⁰ und interessieren sich ohnehin nur noch für die Erhaltung ihres eigenen privilegierten ökonomischen Status.

8. Eine Sichtbarmachung von Inter- und Transpersonen mittels Sternchen, Unterstrich oder Doppelpunkt findet faktisch nicht statt. Die diesbezügliche Schreibweise erweist sich lediglich als ein zeichenmodifiziertes generisches Femininum. Warum sollten dadurch Inter- und Transpersonen sprachlich abgebildet werden? Warum sollte dadurch eine behauptete Verräumlichung des Unsichtbaren stattfinden? Und v. a.: Wer möchte schon als Inter- oder Transperson in einem Stern, einem Unterstrich oder einem Doppelpunkt irgendwie mitgemeint sein?

9. Eine diskriminierte Minderheit durch einen Stern kenntlich zu machen, zeugt von Ignoranz gegenüber der jüngeren deutschen Geschichte: Die Schreibweise Jüd*innen wird jüdischerseits nicht nur als unsensibel empfunden, sondern als Auslöschung und Verballhornung des Ausdrucks »Juden«.¹¹

10. Das Erlernen der deutschen Sprache wird durch den Genderstern für Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte nochmals schwieriger, was wiederum den Eindruck verstärkt, dass es sich bei der vermeintlich gendergerechten Sprache um ein elitäres Projekt handelt. Obwohl die Inklusion gefördert werden soll, wird faktisch Exklusion verstärkt und gesellschaftliche Integration behindert.

11. Identitätspolitische Sprachsymbolik befördert ein Denken in starren Gruppenkategorien und konterkariert den Gedanken einer universalen Menschenwürde sowie gleicher individueller Grundrechte, indem Menschen als Träger bestimmter (geschlechtlicher) Identitätsmerkmale bzw. als Angehörigem einer Identitäts-Gruppe

9 Jäger, Margarete, »Gewalt gegen Frauen – durch Sprache?« (unveröff. Vortragsmanuskript), 2006, unter: http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Gewalt_gegen_Frauen.htm

10 Vgl. Fraser, Nancy, »Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2, 2017, 71-76

11 Vgl. Reitzenstein, Julien, »Jüdinnen: Wo Gender-Wahn den letzten Respekt für jüdische Menschen vermissen lässt«, in: *Jüdische Rundschau* 05.05.21, https://juedischerundschau.de/article.2021-05_juedinnen-wo-gender-wahn-den-letzten-respekt-fuer-juedische-menschen-vermissen-laesst.html

angerufen werden.¹² Der ständige sprachliche Verweis auf die soziale Kategorie Geschlecht dürfte zudem nicht nur deren Überwindung als Diskriminierungsmerkmal behindern, sondern Menschen v. a. auch unter Ausblendung ihrer Individualität auf ein Identitätsmerkmal reduzieren.¹³ Dies befördert eine Politik, »die diese ›Unterschiede‹ zementiert, Menschen ausgrenzt und sie in parallele Enklaven schiebt«¹⁴. Die herkömmlichen Vorstellungen (und der Geltungsgrund) von Menschenwürde und Grundrechten werden eingeschränkt, wenn sie nicht mehr dem Individuum allein aufgrund seines Menschseins zugesprochen werden, sondern dem Menschen als Träger bestimmter (geschlechtlicher) Identitätsmerkmale bzw. als Angehörigem einer Identitäts-Gruppe.

12. Entgegen dem eigenen postkolonialen Anspruch gehört das Gendern – indem es sich auf (poststrukturalistische) Geschlechtertheorien bezieht – zu den theoretischen Ansätzen ›europäischer weißer Männer‹. Insbesondere die ›French Theory‹ hat maßgebliche Grundlagen geliefert, etwa mit der These eines unterdrückenden Potenzials binärer Sprachkategorien. In Anspruch genommen werden auch die Analysen Antonio Gramscis, deren Entwendung kritisiert werden muss. Die Essentialismuskritik Gilles Deleuzes oder die Soziologie Pierre Bourdieus haben wichtige Impulse beige-steuert. Kritische Sozialwissenschaft muss auch selbstkritisch sein.

Niemand muss die genannten Argumente überzeugend finden. Aber wenn wir anerkennen, dass es legitime Gründe gibt, den Genderstern und ähnliche Schreibweisen zu hinterfragen, auch für einen politisch linksstehenden Menschen, der vielfältige sexuelle Identitäten und Orientierungen akzeptiert, dann kann die Debatte vielleicht weniger polarisierend geführt werden. Da zumindest nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden kann, dass solche Schreibweisen wiederum diskriminierende, klassistische, sexistische, antifeministische, paternalistische, autoritäre, ent-solidarisierende oder antisemitische Aspekte beinhalten können, sollte niemand (beispielsweise Studierende) dazu genötigt werden, sie zu verwenden. Vielmehr sollte in einem möglichst herrschaftsfrei gestalteten Diskurs die individuelle kritische Meinungsbildung zu diesem komplexen Thema gefördert werden.

12 Vgl. Dorchain, Claudia Simone, »Die Gender-Sprachregelung ist verfassungsfeindlich«, in: *The European*, 29.07.20, <https://www.theeuropean.de/claudia-simone-dorchain/gender-deutsch-ist-verfassungswidrig/>

13 Vgl. Klann-Delius, Gisela, *Sprache und Geschlecht*, Stuttgart 2005, 186.

14 Manea, Elham, »Wie das Schuldbewusstsein ›der Weißen‹ dem Islamismus Vorschub leistet«, in: Kostner, Sandra, *Identitätslinke Läuterungsagenda*, Stuttgart 2019, 221-53, 225

Zusammenfassungen / Abstracts des Gesamthefts 337

Kristina Dietz: Kämpfe um Natur in Lateinamerika

Lateinamerikas Natur ist seit jeher gesellschaftlich umkämpft. Seit der Konsolidierung des Neo-Extraktivismus als rohstoffbasiertes Entwicklungsmodell in der Region nehmen zu Beginn des 21. Jahrhunderts Konflikte um Natur erneut zu. Gekämpft wird darum, wer sich Natur für was und wie aneignet, wer davon profitiert, wer im Zuge dieser Aneignung enteignet und vertrieben wird und welche sozio-kulturelle Bedeutung Natur zugeschrieben wird. In diesem Beitrag diskutiere ich die Umkämpftheit gesellschaftlicher Naturaneignung sowie ihre ökologische Krisenhaftigkeit in Lateinamerika aus Sicht der Politischen Ökologie. Diese richtet das Forschungsinteresse auf jene gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die der ökologischen Zerstörung und der ungleichen Verteilung ihrer Risiken in der Gesellschaft zu Grunde liegen.

Kristina Dietz: Struggles for Nature in Latin America

Latin America's natural resources have always been socially contested. Since the consolidation of neo-extractivism as a development model based on the extraction of raw materials in the region, conflicts over nature have increased again at the beginning of the 21st century. The struggle is over who appropriates nature for what, how, who profits from it, who is dispossessed and displaced in the course of this appropriation, and what socio-cultural meaning is ascribed to nature. In this paper, I discuss the contested nature of social appropriation of nature and its ecological crises in Latin America from the perspective of political ecology. Political ecology focuses on the social relations of power and domination that underlie ecological destruction and the unequal distribution of its impacts in society.

Eduardo Gudynas: Kritik des extraktivistischen Alltagsverstands

Seit der Kolonialzeit ist Lateinamerika der Lieferant von Rohstoffen. Zwar sind die mit dem Extraktivismus verbundenen Umweltprobleme, die politischen und kulturellen Kollateralschäden wie das Herunterschrauben von Umweltauflagen, die Billigung lokaler Gewaltakte und die Einschränkung der Bürgerrechte unübersehbar geworden, doch die Narrative, die die Konstruktion eines mit dem Extraktivismus kompatiblen Alltagsverstands unterstützen und legitimieren, stehen sowohl bei progressiven wie konservativen Regierungen hoch im Kurs. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich vor allem mit der Frage, wie diese Narrative gebaut sind und aus welchen Elementen sich ihre Überzeugungskraft zusammensetzt. Zentral ist dabei der Bezug auf Wissenschaftlichkeit: das klassische entwicklungstheoretische Argument, wonach die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen aus Gründen des Wirtschaftswachstums erfolgt, verbindet sich mit dem alten kartesischen Blick, der den Optimismus, es gebe stets technische Lösungen, nährt, Unsicherheiten ausblendet und andere Formen des Wissens nicht ernst nimmt. So heißt es etwa, die lokalen Gemeinschaften seien nicht in der Lage, wissenschaftlich generierte Daten zu analysieren, so dass es keinen Sinn habe, sie in die Entscheidungsprozesse einzu-

beziehen. Instrumente deliberativer Demokratie werden in Frage gestellt, vertikale Formen von Repräsentation bevorzugt. Die Formierung eines Alltagsverständs, wonach eine Nation ihre Rohstoffe ausbeuten muss, um voranzukommen, wird mit Stuart Halls an Gramsci anknüpfenden Analysen zur Durchsetzung des Neoliberalismus in Großbritannien verglichen. Der Aufbau kritischer Gegen-Narrative sieht sich dem mächtigen Bündnis von Industrie, ›Wissenschaft‹ und Politik gegenüber. Um erfolgreich zu sein, braucht es die Wiedergewinnung einer kritisch-unabhängigen Haltung unter Akademikern und Aktivisten sowie das Einvernehmen mit dem über den ganzen Kontinent verstreuten zivilen Widerstand.

Eduardo Gudynas: A Critique of the Extractivist Common Sense

Since colonial times, Latin America has been a key supplier of raw materials. Extractivism is well known for the environmental problems and the political and cultural collateral damage it causes: the downgrading of environmental regulations, the endorsement of local acts of violence and the restriction of civil rights. Yet, the narratives supporting and legitimising the construction of a common sense that is compatible with extractivism are highly popular with both progressive and conservative governments. This paper is primarily concerned with the way these narratives are constructed, and the elements that make up their persuasive power. Central to this is the reference to scientific standards: The classic argument of development theory postulating that the exploitation of natural resources is necessary for economic growth is combined with the old Cartesian view that optimistically believes in the availability of purely technical solutions while ignoring uncertainties as well as other forms of knowledge. For example, local communities are said to be incapable of analysing scientifically generated data. On this basis, they are excluded from decision-making processes. Instruments of deliberative democracy are questioned; vertical forms of representation are preferred. The formation of a common sense understanding of raw material exploitation for development is compared with Stuart Hall's analysis of the imposition of neoliberalism in Britain as inspired by Gramsci. Any attempt to construct critical counter-narratives faces the powerful alliance of industry, ›science‹, and politics. The success of such an attempt depends on the ability of academics and activists to adopt a critical and independent stance, as well as civil-resistance movements scattered across the country to come together and take common action.

Valerie Lenikus, Anna Preiser und Marcela Torres Heredia: Extraktivismus, Progressivismus und ökoterritoriale Bewegungen in Lateinamerika

Der Rezensionssaufsatz bespricht zwei Werke der argentinischen Soziologin Maristella Svampa, in denen es um Rohstoffausbeutung, die damit verbundenen politischen Systeme sowie Potenziale und Schwierigkeiten sozialer Bewegungen in Lateinamerika geht. Die Autorin kritisiert das Entwicklungsmodell des Extraktivismus, veranschaulicht seinen Zusammenhang mit verschiedenen politischen

Regimen und zeigt die Grenzen auf, an die die progressiven Regierungen stoßen. Sie bringt kollektives Handeln, Gender, Ethnizität, sozio-ökologische Konflikte, ökonomische Strukturen und politische Systeme zusammen und bezieht auch die fortbestehenden kolonialen Strukturen mit ein. Die beiden Werke bieten eine ausgezeichnete Grundlage zur Diskussion emanzipatorischer Alternativen zum vorherrschenden Entwicklungsmodell des Neo-Extraktivismus und politischer Konjunkturen in Lateinamerika.

Valerie Lenikus, Anna Preiser und Marcela Torres Heredia: Extractivism, Progressivism and Eco-Territorial Movements in Latin America

The review essay discusses two works by Argentinian sociologist, Maristella Svampa, dealing with exploitation of natural resources, associated political systems and the potentials and difficulties of social movements in Latin America. Svampa criticizes extractivism as a development model, illustrates its connection with different political regimes and shows the limits faced by progressive governments. She brings together collective action, gender, ethnicity, socio-environmental conflicts, economic structures and political systems, and incorporates persisting colonial structures into her analysis. The two works provide an excellent basis for discussing emancipatory alternatives to the prevailing development model of neo-extractivism and political situation in Latin America

Luis Martínez Andrade: Zur Kritik der Moderne/Kolonialität in der Theologie der Befreiung

Befreiungstheolog/innen haben die Bedeutung der »Moderne« für den lateinamerikanischen Kontext erkannt. Unter Zuhilfenahme kritischer Beiträge aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich haben sie aufgedeckt, wie Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen, die seit der Eroberung etabliert wurden, arbeiten. Zentral für dieses Verständnis ist die marxistische Dependenztheorie, die es ihnen erlaubt, dem ungleichen Austauschverhältnis zwischen Zentrum und Peripherien kapitalistischer Gesellschaftsformen und der daraus hervorgehenden strukturellen Gewalt auf den Grund zu gehen. Einem Verhältnis, das ihrer Meinung nach am besten als »strukturelle Sünde« bezeichnet wird. In diesem Zusammenhang struktureller Sünde – von Armut, Rassismus, struktureller Gewalt – kann Religion als gegenhegemoniales Denken operieren. Gemeint ist dabei eine Befreiungstheologie des Volks.

Luis Martínez Andrade: Critique of modernity/coloniality in the theology of liberation

Liberation theologians recognize the implications of »modernity« for the Latin American context. By drawing from critical contributions from the social sciences, they have uncovered the workings of exploitation and domination put in place since the Conquest. Key to this understanding is dependency theory, a Marxist perspective positing the unequal exchange between center and periphery in capitalist formations

and the institutional violence produced by it — a condition that, they propose, is best understood as a »structural sin«. In this context of structural sin – including poverty, racism, structural violence – religion can operate as a form of anti-hegemonic thought. Here, religion is understood as a popular theology of liberation.

Fernando Pairican: Risse in der homogenen Republik. Der Kampf für indigene Bürgerrechte

Dieser Artikel widmet sich dem Ideal eines einheitlichen und homogenen chilenischen Staates. Dessen Ursprünge liegen im 19. Jahrhundert, als sowohl linke wie auch liberale Politiker die außerstädtischen Gebiete als leere Räume betrachteten, die durch nationale Expansion, Annexionen und koloniale Besetzung gefüllt werden sollten. Dieser lange Prozess hat die heutigen Lebensbedingungen der indigenen Völker sowohl in ihrem eigenen Gebiet als auch im Kontext der Land-Stadt-Migration geprägt. Seit Anfang der 90er Jahre kam es im Zuge der »Chilenisierung« indigener Völker innerhalb formaler Politik vermehrt zu Forderungen nach territorialer und politischer Autonomie, die es dem Staat unmöglich machten, den Konflikt in seinem Sinne zu kanalisieren. In diesem Sinne zeigt die gegenwärtige Transformation der indigenen Politik die Grenzen des homogenen chilenischen Staates und die Notwendigkeit einer autonomen Hegemonie auf, die es den indigenen Bewegungen erlaubt, dieselben Grenzen als Möglichkeit für ihre eigene Selbstbestimmung zu konfrontieren.

Fernando Pairican Padilla: Cracks in the Homogenous Republic. Struggles for Indigenous Civil Rights

The article deals with the ideal of a unitary and homogeneous Chilean state, whose origins lie in the 19th century as both radical and liberal politics saw extra-urban territories as empty spaces to be filled by national expansion, annexations, and colonial occupation. This long process shapes contemporary conditions of indigenous peoples both in their own territory as well as in the context of rural-urban migration. Since the early 1990s the 'chilenization' of indigenous peoples within formal politics found its counterpart in the claims for territorial and political autonomy, making impossible for the State to channel the conflict in its own terms. In this sense, the contemporary transformation of indigenous politics exposes the limitations of the homogeneous Chilean state and the necessity of an autonomic hegemony that allows indigenous movements to confront those same limits as a possibility for their own self-determination.

Ruedi Graf: Vom Volksprotest zum Verfassungsprozess. Hegemoniekämpfe in Chile

Der Artikel geht aus von einem 2019 erschienenen Sammelband über den Volksprotest im gleichen Jahr. Die Autorinnen und Autoren sehen darin im Wesentlichen einen Aufstand gegen das neoliberale System, beschreiben die Formen der neoliberalen

Hegemonie und deren Transformation im Übergang von der Diktatur zur Demokratie. In der Oktoberbewegung von 2019 sehen sie in verschiedenen Bereichen einen Aufstand der Gesellschaft gegen den Staat. Mit Gramsci wird diese Auffassung kritisiert und gezeigt, dass die Protestbewegung aus einem Bruch in der Zivilgesellschaft selbst hervorgeht, in der ein Teil der Bevölkerung die bisherige Organisation und Lebensweise, ja selbst das vorherrschende Narrativ der chilenischen Geschichte in Frage stellt. In diesem Zusammenhang bekommt der Verfassungsprozess, der als Pakt für den Frieden auch ein Trick der Herrschenden sein kann, der Protestbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, von unten angeeignet, auch den Aspekt eines Kampfes für eine neue Hegemonie. Dessen Ausgang bleibt aber offen.

Ruedi Graf: From Popular to a Constitutional Process. Struggles for Hegemony in Chile

The article departs from an edited volume that appeared in 2019 on the popular protests that took place in Chile that same year. The authors of the volume see the uprisings as essentially a protest against the neoliberal system, as they describe the way neoliberal hegemony is shaped, as well as its transformation in the context of the transition from dictatorship to democracy. In the movement of October of 2019, the authors see an uprising of society against the state. From a Gramscian perspective, the article criticizes this analysis and proposes that the protest movement should be seen as resulting from a break among civil society in which a part of the population questions the organization and the mode of life, going as far as to criticize the very narrative of Chilean history. In this context, the process for a new constitution in Chile, as a pact for peace, can also be seen as a trick by dominant groups in order to pacify the protest movement. But seen from below, it also part of a struggle for a new hegemony whose outcome is still open.

Aaron Tauss, David Graaff und Daniel Pardo: Organisierte Klassengewalt. Aufstandsbekämpfung und kapitalistische Entwicklung in Kolumbien

Die politische Situation in Kolumbien ist in den vergangenen Jahren zunehmend aus dem Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit geraten. Nach dem Abschluss des Friedensvertrages zwischen dem kolumbianischen Staat und der FARC-Guerilla und der Demobilisierung eines Großteils deren Mitglieder gilt das Land als strategischer Partner deutscher Außenpolitik, Investitionsversprechen und zunehmend auch als Reiseziel westlicher Urlauber.

Weitgehend unbeachtet oder ausgeblendet wird dabei, dass die politische Gewalt gegen jene politischen Akteure, die sich für grundlegenden gesellschaftliche Veränderungen einsetzen, die teils über den reformistischen Ansatz des Friedensabkommens hinausgehen, nach wie vor anhält und sich gar verstärkt hat. Der Artikel greift diese Situation auf und unternimmt eine historische Analyse des Aufstiegs, der Konsolidierung und der Transformation des kolumbianischen Staates mittels einer Untersuchung seines Machtblocks.

Er zeigt auf, dass die kapitalistische Entwicklung Kolumbiens, die Strategie der Aufstandsbekämpfung und die changierende Zusammensetzung dieses »Blocks an der Macht« unter dem hegemonialen Einfluss der USA seit den 1960er Jahre bis heute in einem engen Zusammenhang stehen. Ausgehend von Konzepten der materialistischen Staatstheorie, beziehen sich die Autoren theoretisch dabei auf die Begriffe des starken oligarchischen Staates und des Machtblocks der Aufstandsbekämpfung, die von Raul Zelik bzw. Vilma Franco anhand der Untersuchung der jüngeren kolumbianischen Geschichte entwickelt wurden. Dabei tritt der Aufsatz implizit der im Zuge des Friedensprozesses mit der FARC-Guerilla (2012-2016) weit verbreiteten Annahme einer idealistischen Hinwendung der Eliten zu einer friedlichen Gesellschaftsordnung entgegen. Vielmehr arbeitet er die anhaltende Gewalt gegen soziale Aktivisten anhand einer Analyse der momentanen Komposition des Machtblocks heraus und erörtert abschließend die Aussichten progressiver Kräfte im Zuge des Wahljahrs 2022.

Aaron Tauss, David Graaff und Daniel Pardo: Organised Class Violence. Counter-Insurgency and Capitalist Development in in Colombia

In recent years, the political situation in Colombia has increasingly ceased to be under the international spotlight. Following the conclusion of the peace treaty between the Colombian government and the FARC guerrillas, as well as the demobilization of a large part of their members, the country is now seen as a strategic partner for German foreign policy, an investment opportunity and, increasingly, also as a destination for Western vacationers. Largely unnoticed or ignored is the fact that political violence against leftist activists committed to fundamental social changes –some of which go beyond the reformist approach of the peace agreement– continues and has even intensified. The article takes up this situation, undertaking a historical analysis of the rise, consolidation, and transformation of the Colombian state by examining its power bloc. It demonstrates that since the 1960s Colombia's capitalist development, counterinsurgency, and the changing composition of this power bloc under the hegemonic influence of the United States are closely related. Drawing on materialist state theory, the authors work with the concepts of a »strong oligarchic state« and the »counterinsurgency power« bloc, as developed by Raul Zelik and Vilma Franco, based on their study of recent Colombian history. The article challenges the widespread assumption that the peace process with the FARC guerrillas (2012-2016) was idealistically initiated by Colombia's oligarchy with the purpose of creating a peaceful social order. Instead, it focuses on the ongoing violence against social activists by analyzing the relationship between the current composition of Colombia's power bloc, counterinsurgency and capitalist development under neoliberal globalization. The article concludes with a discussion of the prospects of progressive and leftist forces in the wake of the 2022 presidential elections.

Meinhard Creydt: Grundlegende Fehler von »Klassismus«-Konzepten

Wie viele andere wenden sich auch Anhänger von »Klassismus«-Konzepten gegen die Abwertung von Menschen, die aus den unteren Klassen stammen. Der Artikel skizziert die Ambivalenz der in den Unterklassen üblichen Sprache, von der Verfechter von »Klassismus«-Theoremen nichts wissen wollen. Sie sehen die reale Lage von Menschen aus den Unterklassen als Folge einer Fehlbeurteilung und diskreditierenden Etikettierung an. Die Oberklassen machen allein *ihre* Maßstäbe geltend. Sie würden die wahren Stärken und guten Eigenschaften der Menschen aus den Unterklassen verkennen. »Klassismus«-Konzepte reduzieren Herrschaft moralisierend auf autokratische Machenschaften von »denen da oben«. »Klassismus« wird tautologisch aus sich selbst erklärt und damit festgeschrieben. Manche »Klassismus«-Theoretiker verstehen sich selbst als politisch radikal. De facto laufen ihre Theoreme darauf hinaus, für den schlechten Umgang mit den in den gesellschaftlichen Hierarchien unten Stehenden zu sensibilisieren, ohne eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft für möglich zu erachten. Das Konstrukt des »Klassismus« erweist sich als eine Hydra, der ständig neue Köpfe nachwachsen. So unüberwindbar dieser Weltanschauung zufolge der »Klassismus« erscheint, so unendlich wirken sowohl die von »Klassismus«-Experten propagierten Bedarfsanzeigen in puncto Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierungstrainings und Coachings als auch die von gleicher Seite lancierten Angebote für solche Dienstleistungen.

Meinhard Creydt: The Fundamental Errors of »Classism«

Like many others, those who champion the use of »classism« as an analytical concept oppose the disparagement of people from the lower classes. This article outlines the ambivalence in the language used among lower class people, an ambivalence which advocates of »classism« theorems want to have nothing to do with. For the latter, hardship suffered by people from the lower classes is a matter of misjudgement and discriminatory labelling, as an upper-classes assortment of their own standards, misjudging the real strengths and good qualities of people from the lower classes. Yet this concept of »classism« reduces domination to autocratic machinations of »those up there«. »Classism« is tautologically explained out of itself and thus enshrined. Thus, while some »classism« theorists see themselves as politically radical, their theorems de facto amount to drawing attention to how those at the bottom of social hierarchies are poorly treated, without considering the possibility of a fundamental transformation of society. The construct of »classism« proves to be a hydra that is constantly growing new heads. The more insurmountable »classism« appears according to this worldview, the louder the experts of »classism« propagate the need for public relations, sensitivity training, coaching, and other services which they themselves offer.